

nr. 4 – juni / juli 2015

ecke müllerstraße

[Seite 3:](#) Am 29. Juni öffnet die Schiller-Bibliothek [Seite 6/7:](#) Was steht im Mietenvolksentscheid?

[Seite 9:](#) Das Stattbad Wedding ist geschlossen [Seite 10:](#) Iftar-Fest am 8. Juli – jetzt anmelden!



Ch. Eckelt

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Müllerstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer es weiß, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: ecke müllerstraße, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: eckemueller@gmx.net. Neu: Unter den Einsendern verlosen wir einen Kinogutschein für zwei Personen für das Kino Alhambra. Einsendeschluss ist Montag, der 6. Juli. Unsere letzte Rätseldecke zeigte die Müllerstraße 62. Wir danken den Teilnehmern! Gewinnerin ist diesmal Marina Fritsche. Herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen zugesandt.

Frühschoppen der Stadtteilvertretung am 14. Juni

Am Sonntag, dem 14. Juni veranstaltet die Stadtteilvertretung mensch.müller wieder ihren Frühschoppen. Zwischen 12 und 14 Uhr kann man im »Lindengarten« (Nordufer 15) mit den Stadtteilvertretern ungezwungen ins Gespräch kommen und dabei Fragen und Probleme ansprechen, die sich im Zusammenhang mit der Entwicklung des Gebiets rund um die Müllerstraße ergeben.

Lichtbilder-Vortrag von Ralf Schmiedecke
Am Freitag, dem 19. Juni wird der passionierte Sammler alter Berliner Kiezfotos Ralf Schmiedecke im Vor-Ort-Büro des Aktiven Zentrums in der Triftstraße 2 ab 18.30 Uhr einen Vortrag halten. Dabei zeigt er einen Teil seiner Schätze: »Alte Bilder des Quartiers um die Müllerstraße«. Besucher dürfen sich auf anregende Diskussionen freuen: Ralf Schmiedecke hat bereits bei der Neuwahl der Stadtteilvertretung im vergangenen Herbst einen Teil seiner Lichtbilder präsentiert, konnte aber aufgrund des knappen Zeitbudgets noch nicht so ganz in die Vollen gehen. Die Veranstaltung findet im Rahmen der »Langen Nacht im Sprengelkiez« statt.

Lange Nacht im Sprengelkiez

Auch an 24 weiteren Orten im Sprengelkiez finden am 19. Juni abendliche Veranstaltungen statt. Die Lange Nacht im Sprengelkiez beginnt um 17 Uhr mit einer Auftaktveranstaltung in der Osterkirche, wo der Chor des Atze-Musiktheaters auftreten wird. Dabei ist die Palette der Angebote sehr breit: Deutscher Schlager im Deichgraf, Karaoke auf dem Dach des Studentenwohnheims, Blues, Chanson und Weltmusik im Sprengelhaus, um nur einige Beispiele zu nennen. Es finden auch zahlreiche Lesungen statt – und im August-Bebel-Institut in der SPD-Landeszentrale kann man auch diskutieren: ab 22 Uhr mit dem Stadtsoziologen Andrej Holm über Gentrifizierung im Wedding. Das komplette Programm steht im Internet unter www.sparrplatz-quartier.de

Termine

Runder Tisch Leopoldplatz

Dienstag 23. Juni, 19 Uhr, Volkshochschule Wedding, Antonstraße 37, Raum 302

Händlerfrühstück des Geschäftsstraßenmanagements

Mittwoch, 1. Juli 7,30 Uhr: Ort bitte beim Geschäftsstraßenmanagement erfragen

Sitzung der Stadtteilvertretung Müllerstraße mensch.müller

An jedem ersten Donnerstag im Monat jeweils um 19 Uhr im Walther-Rathenau-Saal, Rathaus Wedding, Müllerstraße 146/147

Sprechstunde der Stadtteilvertretung

Montags 18–20 Uhr, Vor-Ort-Büro Triftstraße 2

Erster Spatenstich Zeppelinplatz

Mittwoch, 8. Juli, 15 Uhr

ecke im Netz: Im Internet findet man alle bisher erschienenen Ausgaben der ecke müllerstraße unter www.muellerstrasse-aktiv.de/zeitung-ecke-muellerstrasse

Nächster Redaktionsschluss:

Freitag, 3. Juli. Die neue Ausgabe erscheint Mitte Juli

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse:
»Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 44 01 06 05, eckemueller@gmx.net

Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: Henke Druck, info@henkepressdruck.de

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Zwei Jahre Bauzeit

Die neue Schiller-Bibliothek eröffnet am 29. Juni



Am Montag, dem 29. Juni, wird nach etwa zweijähriger Bauzeit der Neubau der Schiller-Bibliothek auf dem Platz neben dem Rathaus Wedding für den Publikumsverkehr eröffnet. Dann werden der Bibliothek 1800 Quadratmeter statt den 300 Quadratmetern in den alten Räumen des ehemaligen Wedding BVV-Saals zur Verfügung stehen. Neue Angebote wird es vor allem für Jugendliche und junge Erwachsene geben.

Denn die Schiller-Bibliothek fusioniert gleichzeitig mit der »@hugo-Jugendmedientage« der ehemaligen Hugo-Heimann-Bibliothek in der Swinemünder Straße (Brunnenviertel). Im Neubau wird deshalb das gesamte zweite Obergeschoss für die Zielgruppe der 13- bis 25-Jährigen eingerichtet. Dort stehen ihnen unter anderem eine »Chill-Lounge« mit Blick über den Leopoldplatz sowie modernste Gerätschaften zur Verfügung: etwa »Sonic-Chairs«, in denen man ohne Kopfhörer Musik anhören oder Filme anschauen kann, ohne dass die Umgebung davon Notiz nehmen muss, oder eine Bildfläche, auf der Mangas gestaltet werden können. Derzeit bemüht sich die Bibliothek um Fördermittel, um in der Jugendbibliothek einen »Maker-Space« mit modernster Technik wie etwa 3-D-Drucker zu installieren.

Fast wichtiger sind jedoch die Arbeitsplätze, die in der Bibliothek bereitstehen werden – insgesamt 17 davon werden mit PCs ausgestattet: Kinder, Jugendliche und auch Studenten, die in engen Verhältnissen wohnen und die zuhause keinen Platz haben, an dem sie ungestört lernen können benötigen sie dringend. Davon gibt es im Wedding etliche – und es werden wohl auch immer mehr, denn die Bevölkerungszahl wächst kontinuierlich (von 2009 bis 2014 um 11 % im Aktiven Zentrum Müllerstraße), ohne dass hier nennenswerter Wohnungsneubau stattfand. Man wohnt entsprechend immer enger zusammen.

»In der alten Schiller-Bibliothek hatten wir eindeutig zu wenig Platz, da saßen die Kinder oft auch auf dem Boden«, berichtet Corinna Dernbach, die Leiterin der Schiller-Bibliothek. »Es kamen vor allem Grundschüler, zu etwa zwei Dritteln Mädchen. Gerade für Mädchen aus konservativen muslimischen Familien ist die Bibliothek oft einer der wenigen Orte, an denen sie sich in ihrer Freizeit mit Billigung ihrer Eltern aufhalten dürfen.«

Das Erdgeschoss des Bibliotheksneubaus wird denn auch wieder einen großzügigen Kinderbereich beherbergen, hier befindet sich u.a. ein Veranstaltungsraum mit rund 90 Plätzen, in dem wieder Hausaufgabenhilfe angeboten wird: an drei Nachmittagen in der Woche, in diesem Jahr gesponsort von der Wohnungsbaugesellschaft Geso-

bau. »Natürlich wäre es besser, wenn wir an allen Werktagen so ein Angebot hätten«, meint Corinna Dernbach. »Wir suchen ständig nach Partnern, die uns das ermöglichen.« Da es sich dabei um eine kontinuierliche Arbeit mit Kindern handelt, kann die Bibliothek hier nicht ausschließlich auf Ehrenamtliche setzen. Für die gibt es im Kinderbereich der Bibliothek aber andere interessante Einsatzfelder: »Da gibt es zum Beispiel eine Gruppe, die regelmäßig Kindern vorliest. Sie macht eine wirklich gute Arbeit, darüber sind wir hier alle ausgesprochen froh.« Die Ehrenamtlichen werden u.a. vom Verein Lesewelt e.V. betreut, der in der Moabiter Turmstraße 75 seinen Sitz hat. Corinna Dernbach wirbt um weiteres Engagement: »Uns helfen Ehrenamtliche auch in anderen Bereichen, etwa beim Sortieren und Einräumen der Bücher, das entlastet uns ungemein. Wer Interesse an ehrenamtlichen Aktivitäten hat, kann sich gern bei mir melden!« Im ersten Obergeschoss befindet sich der »Erwachsenenbereich«. Hier gibt es einen Gruppenarbeitsraum sowie zur Müllerstraße hin eine »Lese-Lounge«. In der kann man aktuelle Zeitungen ausleihen, Kaffee trinken und in »Sonic Chairs« Musik hören. »Das könnte zum Beispiel auch für künftige Besucher des Jobcenters nebenan interessant sein, denn diese müssen ja oft längere Wartezeiten überbrücken.« Der Erfolg einer Bibliothek wird heute nicht nur in der Anzahl der Entleihungen von Medien gemessen – auch die Zahl der Besucher wird erfasst und spielt eine große Rolle. Auch deshalb will die Bibliothek Veranstaltungen wie etwa Autorenlesungen anbieten. Und die Nutzer des »Lesegartens«, der im Rahmen der Neugestaltung des Rathausplatzes vor der Bibliothek entsteht, werden zumindest zum Teil mit in die Rechnung einfließen: dann nämlich, wenn sie das kostenlose W-LAN-Angebot der Bibliothek nutzen. Bis zwischen Müller- und Genter Straße ein »Bibliotheksboulevard« als attraktive Verbindung zwischen dem Campus der Beuth-Hochschule und dem U-Bahnhof Leopoldplatz auch viele studentische Nutzer in die Bibliothek zieht, wird freilich noch Zeit vergehen. So lange die Bauarbeiten auf dieser Seite des Rathausplatzes noch andauern, ist die Bibliothek für die Besucher nämlich nur von der Müllerstraße aus erreichbar.

Der Neubau der Schiller-Bibliothek wurde aus Mitteln des städtebaulichen Förderprogramms »Aktive Zentren«, des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung und aus bezirklichen Mitteln finanziert und nach den Plänen des Büros »AV1 Architekten« errichtet. Bauherr war die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt. Der ursprünglich veranschlagte Kostenrahmen wurde trotz unvorhersehbarer Probleme wie etwa der Insolvenz einer maßgeblich beteiligten Baufirma, weitgehend eingehalten. cs

Spatenstich am Platz neben dem Rathaus

Am 8. Juli ist der Zeppelinplatz an der Reihe

Man weiß gar nicht, wie man ihn nennen soll: Rathausplatz geht nicht, denn den findet man im Bezirk Mitte schon vor dem Roten Rathaus. Rathausvorplatz geht auch nicht, denn es geht um den Platz um den von Fritz Bornemann entworfenen, denkmalgeschützten ehemaligen Rathausneubau herum: auch die Bereich an der Genter Straße und an den Seiten gehören dazu. Durch die Neugestaltung soll die verbindende Funktion dieses Stadtplatzes ja wieder spürbar werden, die Beuth-Hochschule soll damit stärker in das Wedding Zentrum rücken! Und gegen die von der BVV beschlossene Umbenennung in »Elise-und-Otto-Hampel-Platz« sperrt sich die »BIM« (Berliner Immobilienmanager GmbH, eine landeseigene Gesellschaft), der der zentrale Turmbau des Jobcenters gehört. Zwar soll derzeit an einer Kompromissvariante gefeilt werden, nach dem der Platz umbenannt wird, das

BVV kämpft um Knorke

Aber wer finanziert dort eine zusätzliche Stelle?

Die Bezirksverordnetenversammlung Mitte hat sich in einer Entschließung hinter den »Trinkraum Knorke« in der Nazarethkirchstraße gestellt. Der war am 17. März nach einer Drogenrazzia der Polizei von der Nazarethkirchgemeinde geschlossen worden. Zuvor hatten allerdings Mitglieder der »Szene« mit der Polizei kooperiert, als es darum ging, den Heroinhandel und -konsum an ihrem »Aufenthaltsbereich« auf dem Leo zu bekämpfen. Offenbar wichen die Dealer in den nahegelegenen Trinkraum aus. »Singular aufgetretene unzulässige Vorkommnisse dürfen nicht als Grund für die Schließung vorgegeben werden, wo es sich in Wirklichkeit um Finanzierungsmangel der zum Weiterbetrieb erforderlichen Stelle/n handelt«, so erläutert die BVV.



Jobcenter aber weiter die Müllerstraße als Adresse aufweist. Beschlossen ist das aber noch nicht. Dennoch haben die Umbauarbeiten bereits begonnen: symbolisch wurde der erste Spatenstich am 9. Mai, dem »Tag der Städtebauförderung« vorgenommen. Beteiligt waren (im Foto von links nach rechts): Corinna Dernbach, die Leiterin der Schiller-Bibliothek; die Landschaftsarchitektin Sofia Petersson vom Büro ANNABAU; Kristina Laduch, Leiterin des Fachbereichs Stadtplanung im Stadtentwicklungsamt; Bruni

In der Tat kann man die Schließung auch durch die Finanzlage der Gemeinde begründet sehen. Die ist nämlich nur dazu in der Lage, eine halbe Sozialarbeiter-Stelle zu finanzieren und die Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Im laufenden Betrieb war deshalb die Schlüsselgewalt über den Trinkerraum teilweise auch von Michael Fass, einem Mitglied der Szene, übernommen worden, der hier in einer vom Jobcenter finanzierten Maßnahme mit großem Engagement tätig war. Der Trinkraum Knorke hatte etwas von einem selbstverwalteten Projekt der Trinkerszene am Leopoldplatz, was durchaus spürbar zur sozialen Stabilisierung des Stadtraumes beitrug. Das ist aber keine dauerhaft sichere Konstruktion – und das war dem Gemeindevorstand zu riskant, auch wenn die Drogen offenbar nicht in den Räumlichkeiten, sondern im Außenbereich der Einrichtung entdeckt worden waren. Die Razzia war nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Falls die BVV einen Weg findet, in den jetzt stattfindenden Debatten um den Haushalt für die Jahre 2016/2017 eine zusätzliche ganze Stelle für einen Sozialarbeiter bei

Wildenhein-Lauterbach, im Wedding direkt gewählte Abgeordnete der SPD; Egelbert Lütke-Daldrup, Berliner Staatssekretär für Bauen und Wohnen; Bezirksstadtrat Carsten Spallek sowie Peter Arndt, Sprecher der Stadtteilvertretung mensch.müller. Einige Protagonisten werden sich bereits am 8. Juli wieder treffen. Dann werden nämlich, umrahmt von einem Kinderprogramm, um 15 Uhr auf dem Zeppelinplatz die Spaten symbolisch im Sandhaufen versenkt. Auch hier beginnen die Umbaumaßnahmen. cs

Knorke zu finanzieren, so könnte der Trinkraum auch wieder geöffnet werden, so teilten Vertreter der Kirchengemeinde dem Runden Tisch Leopoldplatz mit. Man sei auch bereit, die Räumlichkeiten einem anderen Träger zur Verfügung zu stellen. Allerdings habe der Gemeindevorstand noch nicht entschieden. cs

Internationales Fußballturnier am 13. Juni
Es geht auch ohne Fifa: Bereits zum sechsten Mal findet auf dem Sportplatz Lüderitzstraße am Samstag, dem 13. Juni zwischen 10 und 18 Uhr wieder das internationale Fußballturnier des NARUD e.V. statt. Rund eintausend Teilnehmer und Zuschauer erwartet der Veranstalter zu dem Fest, zu dem auch Info- und Essenstände, Musik, Spielangebote, Workshops und eine Ausstellung zur Flüchtlingsproblematik gehören. Bezirksbürgermeister Christian Hanke hat die Schirmherrschaft übernommen, gefördert wird das Projekt im Rahmen des Europäischen Jahres für Entwicklung vermittelt über »Engagement Global«. cs

Wie wollen und können wir künftig wohnen?

Eine Ausstellung im DAZ

Der wachsende Wohnungsbaubedarf in vielen Großstädten stellt die Kommunen vor große Probleme, ist aber auch eine Chance für neue Qualitäten im Wohnungsbau. Wie kann zukunftsfähiger Wohnungsneubau und Stadtentwicklung aussehen? Was wären die neuen Qualitäten? Wie kann bezahlbares Wohnen ermöglicht und finanziert werden?

Mit solchen Fragen beschäftigt sich die Ausstellung »URBAN LIVING – Strategien für das zukünftige Wohnen«, die noch bis 4. Juli im Deutschen Architektur Zentrum (DAZ) in der Köpenicker Straße zu sehen ist und Ideen sowie praktische Beispiele für neue bezahlbare Wohntypologien, lebendige Nachbarschaften und eine nachhaltige Stadtentwicklung vorstellt. Gefragt wird nach Zukunftsstrategien und nach Wegen und Ideen, wie Stadtbewohner und Entscheidungsträger miteinander kommunizieren und zu Ergebnissen finden können. – Die Ausstellung findet im Rahmen des »MAKE CITY–Festival für Architektur & Andersmachen« statt, das vom 11. bis 28. Juni in Berlin veranstaltet wird und sich an alle richtet, die Stadt neu denken wollen.

Zur Ausstellung gibt es im DAZ öffentliche Veranstaltungen. 15.6., 19 Uhr – Diskussion: »Bezahlbares Wohnen?« – Welche Strategien machen Neubau preiswerter? Welche Standards werden gebraucht, was ist verzichtbar? Wie helfen Grundrisse und Erschließung? Eine Lösung, günstige Wohnungen anzubieten ist, sie kleiner zu machen. Der Pro-Kopf-Anspruch von Wohnraum steigt aber in den letzten Jahren tendenziell an. – Eine Debatte u.a mit Architekten, Vertretern der Umweltbank und der Berliner Wohnungsbauvereinigungen sowie Engelbert Lütke Daldrup, Staatssekretär für Bauen und Wohnen.

Am 22. Juni, 19 Uhr, geht es dann im DAZ um die Frage: »Wie wollen wir wohnen?«

Ausstellung: »URBAN LIVING – Strategien für das zukünftige Wohnen«, im Deutschen Architekturzentrum DAZ, Köpenicker Straße 48/49, bis 4.7., Mi–So 14–19 Uhr
Weitere Informationen zum Festival unter: makecity.berlin

Stadtforum Berlin am 22. Juni

»Wem gehört der öffentliche Raum?«

Die Berliner Stadtgesellschaft verändert sich. Jeder beansprucht den öffentlichen Raum im Alltag nach eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen: Straßen und Plätze, Parks und Grünanlagen werden für alltägliche oder touristische Wege und Aufenthalt, für Begegnung und Stadterleben genutzt. Hier kollidieren oft unterschiedliche Funktionen: Verkehr, Verkauf, Konsum, Veranstaltungen, politische Kundgebungen, Erholung. Doch wie offen und öffentlich ist der öffentliche Raum? Wer nutzt ihn und wie? Wo gibt es Synergien oder Konfliktpotenzial? Welche Möglichkeiten, Notwendigkeiten und Regeln der Gestaltung des Miteinanders unterschiedlicher Nutzer und Funktionen gibt es? Die zentrale Frage der Debatte ist: »Ist der öffentliche Raum geeignet und offen für alle(s)?«

Andreas Geisel, Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, lädt deshalb zum zweiten Stadtforum Berlin zum Thema öffentlicher Raum ein. Am 22.6. können die Berliner mit Vertretern aus Politik und Verwaltung, mit Architekten und Wissenschaftlern über dieses Thema diskutieren. Unter www.berlin.de/stadtforum kann man sich bereits jetzt in die Debatte einbringen!

Mo, 22. Juni, 18–20.30 Uhr, im Tempodrom, Kleine Arena, Möckernstraße 10, 10963 Berlin
Die Teilnahme ist kostenlos. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Programminformationen unter: www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtforum/download

Bildecke



Was unterschreiben die Berliner da eigentlich?

Selbst die Berliner Abendschau gibt zu, dass sie den Mietenvolksentscheid nicht ganz verstanden hat



»Das macht richtig Spaß hier, alle Minute kommt einer und gibt seine Unterschrift ab!«. Jeden Samstag stehen vor dem Gesundbrunnen-Center Aktivistinnen und Aktivisten und sammeln Unterschriften für den Mietenvolksentscheid. Dabei treffen sie offenbar den Nerv der Bevölkerung. Die für die erste Phase des Volksbegehrens notwendigen 20.000 Unterschriften wurden bereits in den ersten vier Wochen erreicht.

Doch wofür unterschreiben die Mitbürger da? Das vorgeschlagene »Gesetz über die Neuausrichtung der sozialen Wohnraumversorgung in Berlin« wird wohl kaum einer gelesen haben, selbst viele der Aktivisten nicht. Denn es umfasst 52 in Juristendeutsch verfasste Paragraphen voller Querbezüge und Verweise auf andere Gesetze. Auch die Erklärungen und Begründungen, die die Initiative Mietenvolksentscheid dazu in deutlich verständlicherer Sprache vorlegt, ist beileibe kein einfacher Lesestoff. Wälzt man sich dennoch hindurch, so wünscht man sich, dass die Berliner Politik diesen Vorschlag ernst nimmt und viele der Ideen aufgreift. Aber das gesamte Paket in all seinen Konsequenzen auf Anhieb zu überschauen, ist schlicht unmöglich. Selbst die Redaktion der Abendschau gab uns gegenüber Verständnisprobleme zu. Bei einigen Paragraphen kommt man zudem auch gehörig ins Zweifeln.

Was brauchen die Wohnungsbaugesellschaften?

So schlägt der Mietenvolksentscheid vor, das Eigenkapital der sechs kommunalen Wohnungsbaugesellschaften um zusammen gut eine halbe Milliarde Euro zu erhöhen. Das erscheint zu Zeiten von niedrigen Zinsen und einem Haushaltsüberschuss zunächst mal vernünftig: Denn die Wohnungsbaugesellschaften könnten mit höherem Eigenkapital mehr Fremdkapital zu günstigeren Zinsen aufnehmen und damit deutlich mehr dringend benötigten Wohnraum bauen. Allerdings klagen die Wohnungsbaugesellschaften derzeit keineswegs über mangelhafte Unterstützung durch die Berliner Landespolitik. Anders als noch vor wenigen Jahren greift ihnen der Senat nicht mehr in die Tasche, sondern belässt die Gewinne im Unternehmen und führt ihnen darüber hinaus noch etliche Grundstücke zu, auf denen sie neu bauen können und sollen. Mangelndes Eigenkapital ist definitiv nicht ihr Problem, sie kaufen im Gegenteil auf dem Markt

ständig Bestandsbauten zu, wenn sich das wirtschaftlich vertreten lässt, und sie haben keine Probleme, auch kurzfristig Fremdkapital dafür zu mobilisieren. Das jedenfalls versicherte Kristina Jahn vom Vorstand der DEGEWO AG auf unsere Rückfrage.

Strukturell stünden die Wohnungsbaugesellschaften derzeit vor ganz anderen Problemen: Zehn Jahre lang habe die DEGEWO keinen nennenswerten Neubau mehr betrieben – da müssen die notwendigen Strukturen im Unternehmen erst wieder aufgebaut werden. Die Geschäftsführerin der HOWOGE, Stefanie Frensch, erzählte dazu auf dem letzten Stadtforum von ihren Problemen, in Berlin Architekten zu finden, die Erfahrungen bei der Entwicklung kostengünstiger Miethäuser einbringen können. Dieses Knowhow sei in der Stadt inzwischen selten geworden. Insgesamt hat der Senat das Ziel gesetzt, in den nächsten zehn Jahren den Bestand an kommunalem Wohnraum von derzeit 300.000 auf 400.000 zu erhöhen – durch Zukauf und Neubau. Die Wohnungsbaugesellschaften ziehen dabei offenbar mit.

Umwandlung in »Anstalten Öffentlichen Rechts«?

Der Mietenvolksentscheid geht aber noch weiter. Er will die sechs Unternehmen in »Anstalten Öffentlichen Rechts« umwandeln. Anstalten Öffentlichen Rechts sind beispielsweise die BVG und die BSR oder auch ARD und ZDF. Nach dem Gesetzesvorschlag sollen die Mieterbeiräte in den Aufsichtsgremien der städtischen Wohnungsbaugesellschaften beteiligt werden und Mitgestaltungsrechte erhalten, was Mieterorganisationen schon lange einfordern. Zusätzlich will der Gesetzesvorschlag aber die Wohnungsbaugesellschaften über die Ausgliederung von Tochtergesellschaften auch grundsätzlich umstrukturieren. Ob das wirklich klug ist, gerade jetzt gesetzlich darauf zu dringen? Große, von der Politik initiierte Verwaltungsreformen führen erfahrungsgemäß oft zunächst mal zu großen Reibungsverlusten in den Belegschaften und haben, wenn überhaupt, erst nach vielen Jahren positive Effekte. Wir benötigen aber jetzt handlungsfähige Wohnungsbaugesellschaften, nicht erst in einigen Jahren – denn jetzt verschärfen sich auf dem Wohnungsmarkt Jahr für Jahr die Probleme, weil die Bevölkerung der Stadt schneller wächst, als Wohnungen gebaut werden.

Einkommensabhängige Mieten: Falsche Zahlen!

Mieter treibt aber vor allem die Forderung nach »einkommensabhängigen Mietsubventionen« zur Unterschrift beim Volksentscheid. Das klingt zunächst mal gut, denn viele haben Angst, nach einem Jobverlust auch ihre Wohnung zu verlieren, weil das Jobcenter die Miete oft nur zu einem Bruchteil übernimmt.

Tatsächlich sollen die Mieten laut Volksentscheid-Entwurf aber nur in einem sehr kleinen Teilbereich des Berliner Wohnungsmarktes für Hartz-IV-Empfänger auf Hartz-IV-Niveau verbilligt und für Besitzer eines Wohnberechtigungsscheines abgesenkt werden. Der Vorschlag betrifft nur rund 150.000 Sozialwohnungen (so behauptet die Initiative) bzw. 100.000 Sozialwohnungen (so rechnet der Senat), also rund 5% bis 7,5% der Wohnungen der Stadt. Die anderen sind davon nicht berührt – auch dann nicht, wenn sie sich in kommunalem Bestand befinden. Viele Medien wie der »Spiegel« oder die »Abendschau« brachten hier eine falsche Zahl von insgesamt 380.000 betroffenen Wohnungen in Umlauf. Immerhin hat zumindest die Abendschau-Redaktion auf unseren Hinweis hin den Fehler zugegeben: »Sie haben vollkommen Recht, dass die gedeckelten Mieten nur für die Sozialwohnungen in Landes- und Privatbesitz laut Gesetzentwurf vorgesehen sind. Wir werden Ihre Hinweise in der weiteren Berichterstattung berücksichtigen«, teilte sie uns per E-Mail mit. Die Kosten für die diesbezügliche Subventionierung beziffert der Senat auf rund 150 Millionen Euro alleine im Jahr 2017, die Initiative auf 90 Millionen.

Finanziert sich nicht von selbst: Wohnraumförderfonds

An anderer Stelle gehen die Kostenschätzungen noch weiter auseinander. So sollen nach dem Gesetzesvorschlag z.B. die Einnahmen, die das Land Berlin derzeit aus den Zins- und Tilgungsrückzahlungen alter Förderdarlehen erhält, komplett in einen »Wohnraumförderfonds« übergehen, aus dem heraus Wohnungsbau zu sozial verträglichen Mieten ermöglicht werden soll. Die Initiatoren des Volksentscheides sehen das nicht als Kosten an, der Senat rechnet dagegen mit jährlich über 320 Millionen Euro, die dem normalen Haushalt dann eben nicht zur Verfügung stehen und deshalb irgendwo anders eingespart werden müssen. Im Haushaltsjahr 2015 stellt der Senat in seinem »Wohnungsneubaufonds« insgesamt 15 Millionen für diesen Zweck bereit und verpflichtet sich dazu, in den Folgejahren bis 2020 noch einmal insgesamt 59 Millionen auszus zahlen.

In der Tat lässt sich bezweifeln, dass das angesichts der Probleme auf dem Wohnungsmarkt ausreicht, um die Versorgung breiter Bevölkerungsschichten mit bezahlbarem Wohnraum zu sichern. Auch der öffentliche Druck, den der »Mietenvolksentscheid 2016« derzeit ausübt, lässt freilich vermuten, dass in den Beratungen für den Doppelhaushalt 2016/2017 an dieser Stelle noch einmal kräftig nachgelegt werden wird.

Seltsamer Paragraph 37: Verluste werden sozialisiert

Mehr als 200 Millionen Euro würde nach der Schätzung der Investitionsbank Berlin zumindest im Jahr 2017 die ebenfalls im Gesetzentwurf enthaltene Verpflichtung kosten, Sozialwohnungen zum »Barwert« zu erwerben, falls deren private Eigentümer dies wünschen. Der Mietenvolksentscheid rechnet dagegen nur mit 50 Millionen im ersten Jahr. Nach §37 der Gesetzesinitiative würde das Land Berlin faktisch die Risiken der privaten Wohnungswirtschaft im Sozialen Wohnungsbau übernehmen. Denn die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften sollen jederzeit auf Wunsch der Eigentümer die Sozialbauten für den »Barwert« der auf ihnen noch lastenden Schulden

sowie des von ihnen eingesetzten Eigenkapitals übernehmen – auch wenn dieser Wert deutlich höher wäre als der Wert, den man auf dem freien Markt für diese Gebäude bekäme. Die Differenz müsste das Land Berlin übernehmen. Die Investitionsbank geht davon aus, dass zwei Drittel der Eigentümer solcher Sozialbauten von der Regel Gebrauch machen würde, wenn der »Barwert« größer als der »Verkehrswert« ist.

Dabei stellt sich die Frage, wie so eine Regel eigentlich in den Gesetzkatalog einer »linken« Initiative geraten ist. Belohnt würden damit nämlich vor allem solche privaten Eigentümer, die ihre Anlagen des Sozialen Wohnungsbaus verlottern ließen oder sich schlicht verspekuliert oder verkalkuliert haben. Sie könnten ihre »Schrottimobilien« dann einfach den Wohnungsbaugesellschaften zuschanzen und kämen ohne Verlust aus der Geschichte heraus. Welche Lobby hat den Initiatoren hier die Feder geführt, ohne dass die es gemerkt haben?

Stoppt das Verfassungsgericht den Volksentscheid?

Das Volksbegehren wird seine erste Phase mit großer Sicherheit erfolgreich abschließen. Dann berät das Abgeordnetenhaus über den Vorschlag. Sollte die Initiative mit den Ergebnissen nicht zufrieden sein, benötigt sie in der zweiten Phase rund 170.000 Unterschriften wahlberechtigter Berliner. Kommen die zusammen, so kommt es zum Volksentscheid. Die Initiative würde ihn gerne zusammen mit den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2016 durchführen. Angesichts des Erfolgs des letzten Volksentscheides zum Tempelhofer Feld gehen viele davon aus, dass die Initiative dabei eine echte Chance hat.

Allerdings könnte das Berliner Verfassungsgericht das Ganze noch stoppen. Die Gesetzesvorlage greift nämlich tief in das Budget-Recht des Abgeordnetenhauses ein. Volksbegehren zum Landeshaushaltsgesetz, mit dem das Parlament die Haushaltspläne verabschiedet, sind nach der Berliner Verfassung ausdrücklich unzulässig.

Insgesamt rechnet die Senatsverwaltung bei einem Erfolg des Volksbegehrens mit Kosten von 791 Millionen Euro im ersten Jahr 2017 und 3,28 Milliarden in den ersten fünf Jahren bis 2021. Der Mietenvolksentscheid geht dagegen nur von 256 Millionen im ersten Jahr und 1,25 Milliarden im Fünfjahreszeitraum aus. Zum Vergleich: Der gesamte Berliner Landeshaushalt umfasst derzeit etwa 23 Milliarden Euro pro Jahr.

Christof Schaffeller

Weitere Informationen:

www.mietenvolksentscheidberlin.de

www.stadtentwicklung.berlin.de/download/mietenvolksentscheid



Wien hat eine hundertjährige Tradition Sozialen Wohnungsbaus.



Ch. Eckelt

Kommentar

Per Klick in die Stimmungsdemokratie

Berlin bräuchte angesichts des anhaltenden Zuzugs dringend mehr Wohnraum – vor allem für Bedürftige, Geringverdiener, Flüchtlinge. Doch wo immer der Senat kommunalen Wohnungsneubau plant, tritt prompt eine neue Bürgerinitiative an, die das prinzipiell zwar gut findet, aber bitte schön nicht neben der eigenen Tür. Da werden Biotop mit Zauneidechsen und Heuschrecken verteidigt oder Parkplätze oder ein freies Flugfeld für alle oder schlicht der schöne Grünblick vor dem Fenster.

Michael Müller, dessen großes Thema das Wohnraumproblem ist, hat sich nun Schlagzeilen und böse Proteste von diversen Bürgerinitiativen eingehandelt. Er, der sich für Volksentscheide, Bürgerbegehren und direkte Demokratie einsetzte, formulierte kürzlich bei einer Diskussion seine Sorge, »dass wir Instrumente haben, die nicht ein Mehr an Demokratie bedeuten für mehr Menschen, sondern nur mehr Instrumente für einige wenige, die sich schon vorher gut artikulieren konnten.« Müller warnte davor, dass dabei immer mehr Partikularinteressen der ohnehin bestens Vernetzten und gut organisierten durchgesetzt würden.

Dass er damit gehörige Kritik ernten würde (im Internet-Jargon »Shitstorm«), war klar. In der Tat hat das alles auch mit dem Internet zu tun. »change.org« beispielsweise ist nur eine von vielen Plattformen für unzählige Kampagnen unterschiedlichster Art. Unterschriften zu sammeln, ist einfach geworden. Man muss sich nicht mehr monatelang die Füße auf den Straßen platttreten, um für

ein bestimmtes Anliegen Menschen mühselig argumentativ zu überzeugen – Postings, simple Botschaften und Unterschriften reichen. Denn es ist so leicht, fix für alles Mögliche zu klicken und sich dabei als guter Mensch zu fühlen: Wer wäre schon gegen bezahlbaren Wohnraum, Freiflächen, menschenwürdige Flüchtlingsunterkünfte? Es ist einfach geworden, gegen zu viel Neubau in Lichterfelde-Süd, Lehrerausfall, TTIP, CETA usw. zu stimmen.

Nur: Wer weiß schon, was CETA und TTIP genau bedeuten, was es mit den Planungen in Lichterfelde Süd auf sich hat und wie sich Schulausfall vermeiden ließe?

Das Problem ist, dass sich kaum jemand mehr mit den Themen intensiv auseinandersetzen muss – schon gar nicht im direkten Diskurs. Das macht die »Klick-Demokratie« der Bürgerbegehren und Volksentscheide so schwierig. Viele Themen sind wesentlich komplexer – erst recht komplizierte Sachen wie eine Gesetzgebung, wie sie der Mietenvolksentscheid einfordert (siehe S. 6/7). Der klickende Bürger aber kann alles Mögliche fordern, auch wenn er sich gar nicht damit befasst hat: gegen Wohnungsbauvorhaben (obwohl er dort gar nicht wohnt), für den Erhalt von Brachen (obwohl er sie nicht nutzt), gleichzeitig aber auch für bezahlbaren Neubau, für mehr Erzieher und Lehrer sowie gegen den Bolzplatzlärm nebenan. Und natürlich für Steuersenkungen. Man muss sich nicht mal mehr mit der Widersprüchlichkeit der eigenen Forderungen auseinandersetzen, Prioritäten finden oder

sich direkten Debatten aussetzen, wie all die schönen Wünsche durchgesetzt und finanziert werden sollen. Lösungen soll dann bitteschön die verachtete Politik liefern.

Stimmungs- und Symboldemokratie ist, wenn man alle möglichen Dinge unter-schreiben kann – und sei es einfach nur, um »der Politik«, der man misstraut, eins auszu-wischen. Da ist man dann nah am »Wutbürger«. Dies sei auch »der Triumph des Digitalen über die Tradition der Diskussion«, schrieb ein Kommentator im »Spiegel«.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Zweifellos gibt es etliche Initiativen, deren ehrenamtliches Engagement und Kompetenz nicht hoch genug zu schätzen ist und die zu Recht Mitsprache einfordern. Politische Parteien haben sich die Entfremdung auch selbst zuzuschreiben – mit der neoliberalen Herabsetzung des Staates in den letzten 20 Jahren, mit dem permanenten Appell, dass die Bürger gefälligst mehr Eigenverantwortung übernehmen sollen, mit zahlreichen fragwürdigen Entscheidungen, die über die Köpfe der Bürger hinweg getroffen wurden. Selbstverständlich rächt es sich, wenn breite Proteste gegen wesentliche landes- und bundesweite Entwicklungen oder Entscheidungen einfach ignoriert und abgeburstet werden. Und es ist wichtig, dass Bürger sich wehren, wenn etwas gewaltig schief läuft – wie z.B. Privatisierungen wesentlichen Gemeinguts.

Doch die Möglichkeit der Bürgerbegehren und Volksentscheide (da hat die Schweiz wesentlich mehr Erfahrung) darf nicht durch egoistische Kleinst-Partikularinteressen überstrapaziert werden. Denn dabei bliebe – da muss man Müller Recht geben – das Gemeinwesen auf der Strecke.

Wir leben in einer repräsentativen Demokratie, aus gutem Grund. Und jedes Gesetz, das verabschiedet wird, sollte und muss genau diskutiert und geprüft werden. Man kann das nicht per Klick regeln. Man stelle sich vor, jemand würde einen Volksentscheid für die Wiedereinführung der Todesstrafe starten, nach dem nächsten Fall von Kindstötung. Nicht immer sind spontane Mehrheitsvoten auch die klügsten.

Bei kleinen wie großen Entscheidungen geht es darum, dass sie diskutiert werden müssen, und zwar nicht digital inklusive anonymen Shitstorms, sondern in lebendigen Debatten. Politik ist kein Pippi-Langstrumpf-Land, sondern – wenn sie ernstgenommen wird – ein anstrengender Aushandlungs- und Abwägungsprozess. Und letztlich muss auch irgendwann ein Ergebnis erreicht und eine Entscheidung getroffen werden. Und diese Entscheidung muss dann getragen, finanziert und verantwortet werden. us

Stattbad geschlossen

Beim Brandschutz kennen die Preußen kein Pardon



Ch. Eckelt

Das Stattbad Wedding in der Gerichtstraße steht offenbar vor dem Ende. Nach einer anonymen Anzeige besichtigte die Bau- und Wohnungsaufsicht des Bezirks Mitte Mai das Gebäude und verfügte umgehend dessen Schließung. Es bestand »akute Gefahr für Leib und Leben« für dessen Besucher, erklärte der zuständige Bezirksstadtrat Carsten Spallek.

Das betrifft insbesondere den Keller, in dem bis dahin wöchentlich große Technopartys stattfanden. Hier gebe es nicht ausreichend Fluchtwege, die Zuwegungen seien zu eng, auch fehle der Brandschutz. Eine Nutzung als »Vergnügungsstätte« untersagte die Baugenehmigung, die im Jahr 2012 für das ehemalige Schwimmbad erteilt wurde, zudem ausdrücklich. »So etwas ist schon planungsrechtlich in Allgemeinen Wohngebieten ausgeschlossen,« so Spallek: »Es geht nicht eindeutiger als hier, so ein Verstoß kann nicht geduldet werden!« Die Betreiber müssen jetzt auch mit Ordnungsstrafen rechnen. Das »Stattbad« wurde jedoch auch für andere Zwecke genutzt. In den ehemaligen Schwimmbädern fanden Ausstellungen, Performances und diverse Events statt, als »Location« nutzten teilweise auch Konzerne wie Ikea die Räumlichkeiten. Eine Galerie, eine Gastronomie-einrichtung, Büros und Künstlerateliers befinden sich im Stattbad, auf dem Hof wird urban gegärtnert. Im ehemaligen Solarium betreibt die »Raumfahrtagentur« einen eigenen kleinen Technologiepark mit 3D-Druckern und anderen High-Tech-Gerätschaften: Hier trifft Kultur auf Technik – es wäre besonders schade, wenn dem Wedding dieses Innovationszentrum verloren ginge!

Doch die Chancen stehen nicht gut. Zwar setzt sich die Politik für den Erhalt des »Stattbads« als Kulturort ein: nicht nur Kulturstaatssekretär Tim Rennert wurde bereits aktiv. Auch Bezirksstadtrat Carsten Spallek ist »die Bedeutung des Standortes bewusst«, er will »schnellstmöglich eine kulturelle Nutzung wieder genehmigen«. Allein: »Der Ball liegt jetzt beim Eigentümer – wenn er uns wie versprochen die Prüfgutachten für den Brandschutz vorlegt, kann er die kulturellen Veranstaltungsorte sofort wieder eröffnen.« Viele der in der Baugenehmigung von 2012 geforderten sicherheitstechnischen Anlagen und Einrichtungen sind allerdings nicht vorhanden und können wohl auch nicht auf die Schnelle nachgerüstet werden: Da geht es zum Beispiel um »trockene Steigleitungen«, an die die Feuerwehr ihre Schläuche anschließen kann, um maschinelle Anlagen zur

Lüftung und zum Rauchabzug, um Sprinkleranlagen, Notstromversorgung, Sicherheitsbeleuchtung und etliches mehr. Eine Chance besteht allenfalls dort, wo im früheren Stattbad Wedding Räumlichkeiten ähnlich genutzt wurden wie heute und deshalb Bestandschutz besteht. Das zu konstatieren dürfte aber schon bei der »Raumfahrtagentur« im ehemaligen Solarium schwierig sein – von der Nutzung der ehemaligen Schwimmbädern als Event-Location ganz zu schweigen ...

Zudem fehlt dem Stattbad die Einnahmequelle des Clubs im Keller. Dort wurden jedes Wochenende mit Sicherheit fünfstellige Eurobeträge umgesetzt, die Schätzungen aus dem Umfeld gehen sogar eher vom mittleren als vom unteren fünfstelligen Bereich aus. Aus den erzielten Gewinnen wurden auch bauliche Maßnahmen im Stattbad finanziert, aber eben nicht die in der Baugenehmigung geforderte Sicherheitstechnik. Das rächt sich jetzt.

Kritisieren lassen muss sich Bezirksstadtrat Spallek jetzt dafür, dass das illegale und seiner Ansicht nach auch gefährliche Treiben im Stattbad seiner Behörde über mehrere Jahre hinweg nicht aufgefallen war. Dabei verweist Spallek auf das Alter der Mitarbeiter, das weit weg von dem der sehr jungen Zielgruppe der Techno-Partygänger liege. Andererseits wird die Bauaufsicht aber auch sonst selten von sich aus aktiv. Bauabnahmen von privaten Gebäuden finden ja nicht mehr durch Mitarbeiter des Bezirks statt – diese kontrollieren stattdessen nur noch Gutachten von privaten Prüfsachverständigen. Die Behörde ist auch personell gar nicht mehr dazu in der Lage, genau zu verfolgen, was wo im Bezirk Mitte gerade so stattfindet. Dabei entstehen natürlich Grauzonen wie im Stattbad. Wenn aber detaillierte Anzeigen eingehen, dann muss die Behörde aktiv werden. Beim Stattbad spricht alles dafür, dass die Anzeige gezielt aus internen Kreisen kam – und nicht etwa von Anwohnern, die sich über Lärmbelästigung und Schmutz aufregten.

cs

»Selbstbewusste Schlichtheit«

Beim Sommerfest am 13. Juni eröffnet das Gartencafé von *himmelbeet*

Am Samstag, dem 13. Juni, feiert der interkulturelle Gemeinschaftsgarten *himmelbeet* sein Sommerfest: an der Ecke Ruheplatzstraße und Schulstraße mit einem bunten Familienprogramm. Um 12 Uhr öffnet auch erstmals das neue Gartencafé. Es wurde in diesem und im vergangenen Jahr mit der Hilfe vieler Ehrenamtlicher aus ökologischen Werkstoffen wie Holzpaletten und Lehm gebaut und gilt auch architektonisch als wegweisend. Als einer von 54 Berliner Neubauten ist es für den Publikumspreis des Berliner Bundes der Architekten nominiert, der anlässlich des 100-jährigen Verbandsjubiläums ausgeschrieben wurde. Der Architekturkritiker Nikolaus Bernau stellte es in der Berliner Zeitung besonders heraus:

»Raumstararchitekten« aus Berlin sind seit 2012 an dem Projekt beteiligt und haben das Versorgungshaus gebaut. Keinen Schuppen, es gibt einen ordentlichen Fußboden, bald auch Toiletten. Aus Holzspanplatten, Kanthölzern, Lehmausfachungen und Paletten. Zusammengeschraubt, simpel, billig und doch elegant. Gehört so ein Projekt in den Wettbewerb für den Berliner Architekturpreis? Unbedingt. Hier kommt zusammen, was sonst eine viel zu geringe Rolle in unseren Architekturdebatten spielt: Selbstbewusste Schlichtheit. Mitmachen der Nutzer. Und Bastellust.«

Das Konzept des »verpackungsarmen Cafés« wird in einer Open-Air-Ausstellung ab etwa 14 Uhr vorgestellt. Dabei wird aufgezeigt, wo im Cafébetrieb Verpackungsmüll entsteht und welche Alternativen es gibt. Ein Leitfaden »verpackungsarme Cafés wirtschaftlich führen« wird online gestellt. Auf dem Fest wird es dazu eine Ausstellungsrallye sowie eine »Upcycle-Werkstatt«.

Weitere Informationen: <http://himmelbeet.de>

Über den Publikumspreis des Berliner Bundes für Architekten kann man noch bis zum 24. Juni abstimmen: <http://bda-preis-berlin.de>



Iftar-Fest am 8. Juli

Teilnehmer sollten sich anmelden!

Am Mittwoch, dem 8. Juli, findet auf dem Leopoldplatz zum vierten Mal das öffentliche Fastenbrechen (Iftar) statt. Ab 18.30 Uhr trifft man sich vor der Neuen Nazarethkirche, das kulturelle Programm beginnt ab ca. 19 Uhr. Dabei werden Musikgruppen aus verschiedenen islamischen Kulturkreisen auftreten, aus der Türkei und Kurdistan sowie aus dem arabischen und afrikanischen Raum. Natürlich werden auch Ehrengäste erwartet, bis Redaktionsschluss standen die allerdings noch nicht fest.

Nach dem Sonnenuntergang, der an diesem Tag ungefähr um halb zehn Uhr stattfindet, findet schließlich das eigentliche Fastenbrechen statt: Da die Anzahl der Gedecke kalkuliert werden muss und begrenzt ist, ist eine Anmeldung für die Teilnahme am Essen unbedingt erforderlich – am besten per Email bis zum 1. Juli unter »iftar-am-leo@t-online.de«. Die Veranstaltung wird spätestens um 23 Uhr enden, dann läuft nämlich die Sondergenehmigung aus, die der Bezirk dafür erteilt hat. Im Fastenmonat Ramadan nehmen viele Muslime vor Sonnenuntergang keine Nahrung auf, auch keine Getränke, zudem rauchen sie nicht. Daran sollten sich auch die nicht-muslimischen Teilnehmer des Iftar-Festes halten.

Das Fest wird aus dem Gebietsfonds des Aktiven Zentrums Müllerstraße unterstützt, über dessen Verwendung die Stadtteilvertretung mensch.müller und die StandortGemeinschaft Müllerstraße entscheidet. Finanziert wird es zudem über Geld- und Sachspenden etlicher Gewerbetreibender, viele beteiligen sich auch mit ehrenamtlichem Engagement.

Anmeldung: iftar-am-leo@t-online.de

Spendenkonto: Kulturen im Kiez e.V.

IBAN DE 23 1007 0024 0253 6357 04

BIC DEUTDE33

Verwendungszweck: Spende Iftar

Kinder-Campus in der Galerie Wedding

Noch bis zum 12. Juli steht die Galerie Wedding im Rathaus ganz im Zeichen von »Junge Kunst Mitte«, einer Einrichtung des Fachbereichs Kunst und Kultur des Bezirksamtes. Bis zum 18. Juni werden in der Ausstellung »Die jungen Wilden« Arbeitsergebnisse der »KinderKunstWerkstatt« und des »Atelier Farbklang« sowie sechs kooperierender Kitas präsentiert, dazu finden Workshops mit Kita-Gruppen statt. Zwischen dem 25. Juni und dem 9. Juli stellt die Galerie die Ergebnisse der Projekte »Kunst in Schulen« und »Theateratelier« aus, wo zwölf Künstlerinnen und Künstler mit insgesamt 330 Schülern zusammengearbeitet haben. Auch hier begleiten Workshops die Ausstellung. Den Abschluss bildet am 12. Juli um 16 Uhr die Präsentation der Ergebnisse des dreitägigen Workshops »Meine Kindheit in Berlin um 2015« des Berlinerpool e.V. zusammen mit dem Hort der Albert-Gutzmann-Grundschule zum Thema Kindheitserinnerung.

Boule auf dem Leo

Auf dem Leopoldplatz kann man herrlich Boule spielen. Dafür bietet sich der neugestaltete Bereich vor der Neuen Nazarethkirche geradezu an. Einige Weddinger haben das bereits entdeckt: »Wir treffen uns hier vielleicht einmal im Monat«, erzählte uns einer der Boulespieler, »und meistens ist der Platz dann auch frei.«

Eckensteher

Von der »Thingstätte« zum Freiluftkino

Die Rehberge waren in der Weimarer Zeit Aufmarschgelände der Arbeiterparteien



Wo sich heute die Freilichtbühne Rehberge befindet, waren einst Sümpfe. Zur deren Trockenlegung wurden um 1848 Notstandsarbeiter, die »Rehberger«, eingesetzt. Sie sollen bei Schnaps und Bier nur zur eigenen Belustigung geschaufelt haben und hätten ihre Arbeit vollends liegen gelassen, um sich an den damaligen revolutionären Ereignissen zu beteiligen. Auch der zweite Versuch im Jahre 1926, mit Notstandsarbeitern das unfruchtbare Dünenland zu kultivieren, war von Arbeitsverweigerungen und handfesten Auseinandersetzungen geprägt – damals wurden die geringe Entlohnung und der »Sauton« der Vorarbeiter beklagt.

Im 1929 fertig gestellten, 70 Hektar großen Spiel-, Sport- und Volkspark Rehberge mit seiner 460 Parzellen umfassenden ersten Kleingartendauerkolonie Deutschlands wurde 1930 das Rathenau-Denkmal von Georg Kolbe eingeweiht, das an den 1922 von Rechtsextremisten ermordeten Reichsaußenminister der Weimarer Republik erinnern sollte. Damals dienten die ausgehenden Parkanlagen den zerstrittenen und sich unversöhnlich gegenüber stehenden Arbeiterpartien SPD und KPD zu Massenveranstaltungen. Mit sportlichen Wettkämpfen, Radfahr-Reigen, Volkstanz, Massengesang, der Übergabe von Fahnen und Auftritten von Agitprop-Gruppen wie den »Roten Blusen Berlin« sollten die Menschen für die jeweilige Partei begeistert werden.

Nach der Machtübernahme gestalteten die Nationalsozialisten die Rehberge nach ihren politischen Vorstellungen. Sie entfernten das Rathenau-Denkmal, pflanzten eine Hitler-Eiche, errichteten ein Heim für die Hitlerjugend, eröffneten eine Anlage für Kleinkalibergewehre mit zehn Schießständen und versahen die zentrale Wiese mit einer Tribüne, so dass dort bis zu 500.000 »Volksgenossen« aufmarschieren konnten.

Damals entstand auch die Feierstätte mit 4000 Sitz- und 11.000 Stehplätzen, die mit dem Weiespiel »Horch auf Kamerad, die Trommel ruft« von Hans Bachmann eröffnet wurde. Dabei handelte sich um eine von ca. 300 damals geplanten »Thingstätten« (von denen aber nur 60 realisiert wurden), in denen politisch auf die Massen eingewirkt werden sollte. Doch schon nach wenigen Jahren wandten sich die Nationalsozialisten von der »Thing-Bewegung« wieder ab. Die Aufführungsorte wurden staatoftiziell in Freilichtbühnen umbenannt.

Ein Jahr nach Ende des zweiten Weltkriegs – die Parkwiesen dienten damals dem Gemüseanbau – ging es in der Freilichtbühne wieder

politisch zu. Während die Westberliner SPD unter dem Motto »Nie wieder Kriege – Nie wieder KZ« einlud, veranstaltete die Ostberliner SED dort ihr »2. Großes Volksfest«. Ab den 1950 Jahren bot man mit Operetten, Komödien, Dia-Vorträgen und Singstunden mit Volkstanz in der Freilichtbühne eher leichte Kost. 1999 wurde der Betrieb eingestellt, 2009 nach einer grundlegenden Sanierung wieder aufgenommen. Heute befindet sich hier das Freiluftkino Rehberge mit seinem täglich wechselnden Programm. Vielleicht könnte dort in Erinnerung an seine Erbauer häufiger mal auch »Der große Diktator« von Charly Chaplin gezeigt werden.

Aktuelles Programm: www.freiluftkino-rehberge.de

Begehung Max-Josef-Metzger-Platz

Über 40 Interessierte trafen sich am Samstag, dem 30. Mai um 11 Uhr zur gemeinsamen Begehung des Max-Josef-Metzger-Platzes. Die Grünanlage zwischen Gerichtstraße, Müllerstraße und Jobcenter soll in den nächsten Jahren mit Mitteln aus dem Programm »Aktive Zentren« saniert werden. Bevor der Bezirk Landschaftsarchitekten mit der Erarbeitung skizzenhafter Grundideen beauftragt wollte er noch einmal die Meinung der Anwohner einholen. Die konnte auf Postkarten notiert werden und auch im Internet konnte man auf der Plattform »Weddingweiser« Anregungen geben. Die Beiträge werden jetzt ausgewertet und den drei zu beauftragenden Büros zur Verfügung gestellt. Parallel hat das Kinder- und Jugendbüro des Bezirksamtes auch noch eine Kinder- und Jugendbeteiligung z. B. mit der Leo-Lionni-Grundschule und der Wedding Grundschule durchgeführt.

Im Oktober soll dann eine Jury, in der auch ein Vertreter oder eine Vertreterin der Stadtteilvertretung mitwirkt, wird über erste Ideen der Landschaftsarchitekten beraten und die beste Idee für die weitere Umsetzung auswählen. Die Idee wird dann auf einer Bürgerveranstaltung noch einmal öffentlich präsentiert und mit allen diskutiert. Eine öffentliche Platzbegehung ganz am Anfang der Planungsphase hat sich bereits beim Zeppelinplatz als sehr effektives Instrument der Bürgerbeteiligung erwiesen. Deren Teilnehmer erschienen dann später oft auch, wenn es um die Diskussion konkreter Entwürfe ging und debattierten dort auch sehr konstruktiv.



Informationen und Dokumentationen zum Aktiven Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website: www.muellerstrasse-aktiv.de

- Veranstaltungsorte
- Müllerstraße
- Programmkulisse
- Aktives Stadtzentrum
- - Sanierungsgebietsgrenze

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung: Carsten Spallek
 Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
 (030) 90 18-446 00
baustadtrat@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
 Müllerstraße 146, 13353 Berlin
 Amtsleiterin: Frau Laduch, Zimmer 106
 (030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
 Müllerstraße 146, 13353 Berlin
 Sprechzeiten: dienstags, 9.00–12.00 Uhr, donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
 Gruppenleiter: Stephan Lange
 (030) 90 18-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße
 René Plessow (030) 9018 45409
rene.plessow@ba-mitte.berlin.de
 Claudia Jahns (030) 9018 45463
claudia.jahns@ba-mitte.berlin.de

Prozessmanagement
 Jahn, Mack und Partner
 Alt Moabit 73, 10555 Berlin
 Karsten Scheffer, Nadine Fehlert
 (030) 85 75 77 26
muellerstrasse@jahn-mack.de
www.jahn-mack.de

Geschäftsstraßenmanagement
 Planergemeinschaft
 Lietzenburger Straße 44, 10789 Berlin
 (030) 88 59 14-0, (030) 88 59 14 32
 Gabriele Isenberg-Holm
g.isenberg@planergemeinschaft.de
 Winfried Pichierrri
w.pichierrri@planergemeinschaft.de
www.planergemeinschaft.de

Stadtteilvertretung Müllerstraße
 Sprecher: Sabine Schmidt, Walter Frey, Peter Arndt
 Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
 Sprechstunde: jeder 1. und 3. Montag im Monat, 18–20 Uhr
 (030) 34 39 47 80 (AB), (0174) 701 35 94
menschmueller@stadtteilvertretung.de
www.stadtteilvertretung.de
 Wenn Sie per E-Mail Informationen der Stadtteilvertretung erhalten möchten, dann senden Sie eine E-Mail an: mitteilungen@stadtteilvertretung.de

StandortGemeinschaft Müllerstraße
 c/o Steuerberatung bpw
 Müllerstraße 138b, 13353 Berlin
info@muellerstrasse-wedding.de
www.muellerstrasse-wedding.de

Soziales Platzmanagement Leopoldplatz
 Team Leo, Schumannstr. 5, 10117 Berlin
 (030) 28 30 23 15
teamleo@gangway.de
 Axel Illesch (0172) 202 61 82

Runder Tisch Leopoldplatz
 N.N., Präventionsrat
 Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
 (030) 90 18-325 70

Quartiersmanagement Pankstraße
 Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin
 (030) 74 74 63 47
qm-pank@list-gmbh.de
www.pankstrasse-quartier.de

Quartiersmanagement Sparrplatz
 Burgsdorfstraße 13 A, 13353 Berlin
 (030) 46 60 61 90
qm-sparrplatz@list-gmbh.de
www.sparrplatz-quartier.de